

II- 756 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

1010 Wien, den 3. März 1980
Stubenring 1
Telephon 75 00

Zl. IV-50.004/15-2/80

304/AB

1980 -03- 06

zu 382/J

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Dr. WIESINGER
und Genossen an den Bundesminister für Ge-
sundheit und Umweltschutz betreffend ge-
setzliche Richtlinien für die Zulassung
und Verwendung von UV-Bestrahlungsgeräten
(Nr. 382/J-NR/1980)

In Beantwortung der gegenständlichen Anfrage teile
ich mit:

Der Präsident der Österreichischen Dermatologischen
Gesellschaft, Herr Primarius Univ.Prof.Dr.med. Josef ZELGER
hat am 2.2.1980 an mich ein Schreiben folgenden Inhalts ge-
richtet:

"Die Österreichische Dermatologische Gesellschaft hat
bei ihrer 4. Fortbildungswoche vom 26.1. - 2.2.1980 in Züri
nach eingehender Beratung folgende Resolution einstimmig be-
schlossen:

Die Österreichische Dermatologische Gesellschaft warnt
vor den Folgen einer unkontrollierten Anwendung von UV-Be-
strahlungsgeräten zu Bräunungszwecken oder zur Behandlung
von Hautkrankheiten, da Spätschäden nicht auszuschließen
sind. Sie fordert deshalb von der Gesetzgebung exakte Richt-
linien bezüglich Zulassung und Verwendung derartiger Geräte.

Da bis jetzt in keinem europäischen Land derartige
Richtlinien existieren, könnte Österreich durch eine Initiative
auf diesem Gebiet beispielgebend werden. Es wäre wünschenswert,

./.

- 2 -

wenn durch Ihr Ministerium ein Forschungsauftrag zur Prüfung dieser Angelegenheit erteilt würde."

Wie sich aus diesem Schreiben ergibt, ermangelt es derzeit noch an den für eine Normsetzung in dem in Rede stehenden Bereich unerläßlichen fachwissenschaftlichen Klarstellungen.

Ich werde daher zunächst die Österreichische Dermatologische Gesellschaft ersuchen, mir ihre Vorstellungen hinsichtlich des Umfanges, Inhaltes und der Zielrichtung eines solchen Forschungsvorhabens mitzuteilen, und so- nach die Voraussetzungen für die Erteilung eines Forschungsauftrages unter dem Gesichtspunkte des Schutzes der Gesundheit prüfen.

Erst nach Vorliegen der gegenwärtig offenkundig noch fehlenden, gesicherten medizinisch-wissenschaftlichen Erkenntnisse wird die Frage der Ausarbeitung von Normen über den Umgang mit UV-Bestrahlungsgeräten einer weiteren Behandlung zugeführt werden können.

Der Bundesminister:

